

Papier zur Energiepolitik der CDU-Vogtland

„Energie muss sicher und bezahlbar bleiben – für jeden!“

(Beschlossen vom Kreisparteitag am 08.10.2022)

Der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Solidarität in unserer Gesellschaft sind aktuell so stark gefährdet, wie zu keinem anderen Zeitpunkt in den letzten Jahrzehnten.

Ein drohender Energiemangel und steigende Preise vor allem für Strom und Gas bedrohen Privathaushalte, öffentliche Haushalte und Wirtschaft, insbesondere unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen, in ihrer Existenz. Viele wissen nicht, wie sie die dramatisch gestiegenen Kosten noch aufbringen sollen.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind politisch und im globalen Zusammenhang zu sehen. Zum einen wurden Energieträger wie Atom und Kohle verteufelt, dafür erneuerbare Energien, wie Photovoltaik und Wind, nur halbherzig ausgebaut. Speicherkapazitäten fehlen. Die Erzeugung von Energie aus Biomasse, Wasser und Wasserstoff wurde eher vernachlässigt. Damit stehen heute keine verlässlichen Alternativen zur Energieversorgung in ausreichendem Maß zur Verfügung.

Auf der anderen Seite wirkt der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine noch als Katalysator für eine verfehlte und ideologisch geprägte, unternehmens- und bürgerfeindliche Energiepolitik der Verbote, Sanktionen und Reglementierungen.

Der schnelle Atomausstieg, der auch auf Beschluss der CDU im Bund erfolgte, entpuppt sich heute als politische Fehlentscheidung, die durch die gleichzeitige Abhängigkeit von russischem Erdgas eine Bedrohung für die Energieversorgung in Deutschland ist.

Die momentanen Gegenmaßnahmen der Bundesregierung sind zu kurzfristig gedacht, kaum wirksam und schaffen neue Probleme, ohne alte zu lösen. Sie tragen nicht zu einer nachhaltigen, bezahlbaren und wettbewerbsfähigen Energieversorgung unseres Landes bei.

Es bedarf vielmehr einer klaren und verlässlichen Strategie für eine sichere Versorgung und für stabile Preise. Ratschläge wie der „baden-württembergische Waschlappen“ oder „Habeck-Temperaturen“ helfen hier nicht weiter.

In der aktuellen Situation, in der die Preise für Energie an den Börsen nur eine Richtung kennen, nämlich nach oben, bedarf es schneller Reaktionen, die die kurzfristigen Auswirkungen für die Verbraucher abfedern. Mittel- und langfristige Maßnahmen müssen den Energiemarkt stabilisieren und krisensicherer machen.

Dazu gehört zuallererst ein Waffenstillstand. Es braucht weiterhin Friedensgespräche und dann die baldige Beendigung des Krieges in der Ukraine.

Deutschland muss hier auf diplomatischem Wege aktiv werden und kann mit seinem Gewicht in Europa eine führende Vermittlerrolle einnehmen. Hierin sehen wir, neben Waffenlieferungen, eine wirksame Möglichkeit, den Krieg zu beenden. Putin muss mit der Solidarität und dem abgestimmten Vorgehen aller europäischen Länder auf diplomatischem und militärischem Wege in seine Grenzen gewiesen werden. Militärische Angriffe auf das russische Staatsgebiet lehnen wir jedoch ab.

Die CDU-Vogtland setzt sich dafür ein, dass Energie bezahlbar und für jeden erreichbar bleibt. Wir fordern von der Bundesregierung:

a) kurzfristige Maßnahmen

1. Die Stromversorgung muss ideologiefrei durch den Weiterbetrieb von deutschen Atomkraftwerken, der Reaktivierung und dem Weiterbetrieb von Braunkohlekraftwerken, sowie der Verlängerung ihrer Laufzeiten sichergestellt werden. Die Stromerzeugung durch Gaskraftwerke muss reduziert werden, um dadurch mehr Gas speichern zu können.
2. Auf die vertraglich gebundenen Gaslieferungen aus Russland muss hingewirkt werden, um unseren Energieversorgern - besonders regionalen Stadtwerken - Preisstabilität zu ermöglichen.
3. Gas- und Strompreisobergrenzen (Kostendeckel) müssen für eine begrenzte Zeitspanne eingeführt werden, damit Energie bezahlbar bleibt und enorme Preissprünge vermieden werden.

4. Die Mehrwertsteuer auf Energie (Gas und Strom) soll von 19% auf 7% gesenkt und gleichzeitig die CO₂-Umlage auf alle Energieträger ausgesetzt werden.
5. Gas- und Strompreise müssen entkoppelt werden (Wegfall des Merit-Order-Effekts). Damit wird erreicht, dass nicht das teuerste Erdgasangebot gilt. Das hilft besonders der Wirtschaft.
6. Ein Schutzschirm für regionale Energieversorger und Stadtwerke muss errichtet werden.
7. Der ausgelaufene Tankrabatt soll wieder eingeführt werden.
8. Die Pendlerpauschale soll auf 45 Cent pro km für alle Pendler, ab einer Entfernung von 5 km zur Arbeitsstelle erhöht werden.
9. Ein steuerfreies „Energiegeld“ soll bei vorliegender Hilfebedürftigkeit in Höhe von 50 € pro Person und Monat für den Zeitraum, bis ein vertretbares Energiepreisniveau wieder erreicht ist, eingeführt werden.

mittel- und langfristige Maßnahmen

10. Regenerative Energieproduktionen wie Solar, Biomasse, Wind müssen weiter ausgebaut und Kleinanlagen zur dezentralen Eigen-Energieerzeugung und Speicherung (u.a. auch Balkonanlagen) gefördert werden, um die Stromnetze weiter zu entlasten.
11. Die Beschaffungsbasis von Gas in Hinblick auf Herkunftsland und Art der Gewinnung (u.a. LNG) muss verbreitert werden.
12. Fracking in Deutschland soll ideologiefrei diskutiert und ermöglicht werden, statt zu hohen Preisen zu importieren und sich wieder abhängig zu machen.

13. Wasserstofftechnologie und synthetische Kraftstoffe müssen schneller ausgebaut werden, um von fossilen Energieträgern unabhängiger zu werden.
14. Investitionen in smarte Energienetze und Speichertechnologien sollen erfolgen, um Strom aus regenerativer Energieerzeugung effizienter nutzen zu können.
15. Am Strom- und Gasmarkt muss die Transparenz erhöht werden, um Mitnahmeeffekte großer Konzerne zu verhindern.
16. Eine „Übergewinnsteuer“ soll eingeführt werden, um Endverbraucher zu entlasten.
17. Der spekulative Börsenhandel mit Strom und Gas muss überwacht werden, um negative Auswirkungen auf die Verbraucher zu vermeiden.
18. Dem Staat muss eine stärkere Kontrolle bei dem Betrieb der Energienetze als Teil der kritischen Infrastruktur in Krisenzeiten zukommen.
19. Privatisierungen von Strom- und Gasnetzen oder von Verteil- und Speicheranlagen müssen überprüft werden, sowie negative Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit korrigiert werden.